

Bundesparteitag der Linken

Der Bundesparteitag der Linken am 9. und 10. Mai 2025 in Chemnitz war durchaus von Aufbruchsstimmung, aber vor allem gegen Ende auch von intensiven Debatten geprägt.

Leitantrag: „Wir sind die Hoffnung“

Der Leitantrag mit dem Titel „Wir sind die Hoffnung“ wurde mit großer Mehrheit verabschiedet. Er positioniert die Linke als „wirksame soziale Opposition“ gegen Armut, Ungleichheit, Aufrüstung und den gesellschaftlichen Rechtsruck. Zentrale Themen sind die Fokussierung auf Kampagnenfähigkeit, die Verankerung als „organisierende Klassenpartei“ und die Entwicklung eines neuen Parteiprogramms bis 2027. Etwas Kritik: Teils nicht spezifisch genug und thematisch etwas verengt (Fokus, Fokus, Fokus). Ohne Inhalte sind keine Kampagnen möglich. Hierzu gab es auch vereinzelt Kritik in Debattenbeiträgen. Wir sind gespannt, wie genau der Programmprozess gestaltet wird und ob die bisherigen im Programm genannten Themen in der Breite diskutiert werden und an die aktuellen Herausforderungen angepasst werden, um als Linke konkrete Lösungsvorschläge zu benennen.

Auswahl wichtige Anträge

Über 200 Änderungsanträge und Anträge wurden vorab eingereicht, viele davon in digitalen Vorberatungen diskutiert. Einige zentrale Punkte, bzw Anträge bei denen es divergierende Ansichten gab:

- **Mandatszeitbegrenzung:** Beschlossen wurde, dass Bundestagsabgeordnete der Linken künftig maximal drei Wahlperioden (zwölf Jahre) im Amt bleiben dürfen. Ein Antrag auf Verkürzung auf zwei Perioden fand keine Mehrheit.
- **Gegen Aufrüstung und Militarisierung:** Klare Ablehnung der Linken gegenüber der Aufrüstungsagenda der Bundesregierung, der Militarisierung der Gesellschaft und dem Konzept der „Kriegstüchtigkeit“. Stattdessen fordert die Partei Abrüstung, Diplomatie, eine neue europäische Entspannungspolitik und einen Schuldenschnitt für die Ukraine. Waffenlieferungen werden abgelehnt, da sie die Eskalation befördern. Der Antrag sichert die friedenspolitische Grundhaltung der Partei in einer Zeit außenpolitischer Spannungen ab.
- **Antrag auf Rücktritt der Bremer Senator*innen und MV-Minister*innen, die für das sogenannte Sondervermögen stimmten:** Die Stimmung bei diesem Antrag war ziemlich angespannt, da sich dieser Antrag wie ein Plädoyer für eine Bestrafung las. Auch die Debatte zum Antrag fühlte sich wie ein öffentlicher Prozess an. Mit knapper Mehrheit wurde der Antrag letztendlich doch abgelehnt und so auch ein kleiner Skandal und wirklich keine gute Öffentlichkeit für die Partei abgewendet.
- **Antisemitismus:** Im Antrag positioniert sich die Partei klar gegen die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) zum Antisemitismus und befürwortet stattdessen die Jerusalemer Erklärung (JDA) als verbindliche Grundlage für unsere Partei. Die Linke kritisiert die IHRA-Definition als Instrument staatlicher Repression und Zensur, das kritische Stimmen unterdrücke. Sie lehnt entsprechende Bundestagsresolutionen ab, da sie ihrer Ansicht nach ein autoritäres Klima fördern und die notwendige Differenzierung zwischen legitimer Kritik an Israel und Antisemitismus erschweren.

- **Partei der Arbeiterklasse:** Dieser fordert den Parteivorstand auf, Maßnahmen zu ergreifen, um Menschen aus der Arbeiter:innenklasse den Zugang zu politischen Ämtern zu erleichtern. Konkret sollen internationale Modelle wie die Arbeiter:innenquote der belgischen Partei der Arbeit analysiert, ein eigenes Quotenmodell für Kandidat:innenlisten zur Bundestagswahl erarbeitet und ein entsprechender satzungsändernder Antrag vorbereitet werden. Zudem sind Förderstrukturen wie Mentoring-Programme geplant.

Gesamtstimmung

Der Parteitag war von einer Mischung aus Euphorie und Ernsthaftigkeit geprägt. Die Erfolge bei der Bundestagswahl und der Mitgliederzuwachs auf über 112.000 wurden gefeiert. Gleichzeitig war spürbar, dass die Partei sich in einer Phase der Neuausrichtung befindet, in der alte Konfliktlinien, insbesondere in der Außenpolitik, erneut aufbrechen. Insgesamt wurden wenige Themen thematisiert/diskutiert, womit unklar bleibt, wie wir uns in Zukunft angesichts vielfältiger globaler Herausforderungen inhaltlich aufstellen. Der Programmprozess wird hier hoffentlich Antworten geben. Insgesamt war der Parteitag ein Schritt hin zu einer geschlosseneren und kampagnenfähigen Linken, die sich ihrer Wurzeln bewusst ist und gleichzeitig neue Wege geht.

Abstimmungsverhalten

Leitantrag

Enrico: ja
 Carl: ja
 Lili: ja
 Frederike: ja

D.01 Solidarität mit den Beschäftigten bei HKM – 3.000 Stahljobs in Duisburg müssen erhalten werden!

Enrico: ja
 Carl: ja
 Lili: ja
 Frederike: ja

D.02 Gerechtigkeit für Lorenz A.! - Aufklärung fordern, Polizeigewalt bekämpfen! - Solidarität mit den Angehörigen.

Enrico: ja
 Carl: ja
 Lili: ja
 Frederike: ja

D.03neu Vertreibung und Hungersnot in Gaza stoppen – Völkerrecht verwirklichen!

Enrico: ja
 Carl: ja
 Lili: ja
 Frederike: ja

FO.01-08 Blockabstimmung

Enrico: ja
Carl: ja
Lili: ja
Frederike: ja

G.01 Anerkennung der Jenischen als nationale Minderheit in Deutschland

Enrico: ja
Carl: ja
Lili: ja
Frederike: ja

G.02 Drohende Atomtransporte von Jülich nach Ahaus verhindern!

Enrico: Enth
Carl: ja
Lili: Enth
Frederike: Enth

G.03 Antisemitismus, Repression und Zensur bekämpfen - Jerusalemer Erklärung umsetzen, tragfähiges Fundament schaffen!

Enrico: nein
Carl: ja
Lili: ja
Frederike: nein

G.07 Solidarisch leben und wirtschaften – sozial- ökologischen Umbau vorantreiben!

Enrico: ja
Carl: ja
Lili: ja
Frederike: ja

G.10 Gegen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht und anderer Zwangsdienste – für die Selbstbestimmung der Jugend!

Enrico: ja
Carl: ja
Lili: ja
Frederike: ja

G.11 Ohne Wenn und Aber: Sage Nein zu Aufrüstung und Kriegstüchtigkeit!

Enrico: ja
Carl: ja
Lili: ja
Frederike: ja

MP Antrag des migrantischen Plenums

Enrico: ja
Carl: ja
Lili: ja
Frederike: ja

P.11 Keine Partei für die, sondern der arbeitenden Klasse

Enrico: nein
Carl: nein
Lili: ja
Frederike: nein

P.12 Parteibeschlüsse binden – Mandate verpflichten

Enrico: nein
Carl: nein
Lili: nein
Frederike: nein

P.13 Zusammenführender Antrag für P.01, P.02, P.03, P.05, P.06 zu Geschlechtsidentität in der Partei

Enrico: ja
Carl: ja
Lili: ja
Frederike: ja

S.01 Delegierte mit beratender Stimme für die Vorstände des Jugendverbands

Enrico: nein
Carl: nein
Lili: ja
Frederike: nein